

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Europäischer Gipfel in Helsinki — Einigung Europas fortsetzen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass mit den Ergebnissen des Europäischen Gipfels von Helsinki im Dezember 1999 der europäische Einigungsprozess fortgesetzt wird und neue politische Impulse erhält. Das gilt insbesondere für die in Amsterdam 1997 noch nicht gelungenen institutionellen Reformen der Union, die Verbesserung der Transparenz und demokratischen Legitimation als Voraussetzungen, um die Einheit Europas durch die Aufnahme von Staaten Mittel- und Osteuropas überhaupt vollenden zu können.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die in Helsinki zu beschließende erneute Regierungskonferenz mit der eindeutigen Absicht in Angriff genommen und bis Ende 2000 abgeschlossen wird,

- die Zahl der Kommissare zu begrenzen;
- die Stimmengewichtung im Europäischen Rat und die Frage einer „doppelten Mehrheit“ zu überprüfen;
- qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat zur Regel zu machen; möglichst bald auch auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik;
- damit gleichzeitig die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes zu vergrößern, auch in Fragen der Agrar- und Strukturpolitik; das Europaparlament muss zur zweiten „Bürger-Kammer“ entwickelt werden;
- die Verfahren der europäischen Zusammenarbeit zu vereinfachen und klarer zu machen;
- eine grundlegende Neugestaltung der Europäischen Verträge zu fördern, an dessen Ende sich um einen Kernbereich als „Verfassung Europas“ die Bestimmungen für einzelne Politikbereiche gruppieren, die nicht mehr der Ratifizierung bedürfen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss des Gipfels in Tampere, eine Europäische Charta der Grundrechte auszuarbeiten und erwartet, dass diese Charta nach ihrer Verabschiedung Kernbestandteil der Europäischen Verträge wird. Die Bürgerschaft (Landtag) wird sich nach ihren Kräften an der Diskussion dieser Europäischen Charta der Grundrechte beteiligen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet,

- dass die Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern zügig fortgesetzt werden, vor allem in den als schwierig geltenden Politikbereichen; die großen Reformanstrengungen dieser Länder müssen sich mit einer konkreten Beitrittsperspektive verbinden können;
- dass die Eröffnung konkreter Beitrittsverhandlungen mit Lettland, Litauen, Slowakei, Malta, Bulgarien und Rumänien beschlossen wird;
- dass der Türkei eine eindeutige Perspektive eröffnet wird, wie das Land bei Fortschritten in der Menschenrechtspolitik an die Europäische Union herangeführt werden kann;

- dass die Parlamente und Vertreter gesellschaftlicher Kräfte der Beitrittsländer verstärkt an der Debatte um die Erweiterung der EU teilnehmen können und dass die Debatte über die Chancen der Osterweiterung auch für Deutschland verstärkt wird.

Die Europapolitik Bremens kann sich nicht auf die Wahrnehmung der Interessen Bremens bei der Nutzung europäischer Initiativen und Programme beschränken. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, darüber hinaus einen aktiven Beitrag zur Formulierung und Förderung europäischer Einigung zu leisten. Das gilt etwa für die grenzüberschreitende Erörterung und Kontrolle des Vollzugs europäischer Politik; es gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Partnern Bremens in den Beitrittsländern.

Dr. Kuhn,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen